

**WOHNEN
ist ein
Menschenrecht**

Mehr Information:
Für den Inhalt verantwortlich
KPÖ-Landtagsklub
Herrengasse 16/3
8010 Graz

Tel.: 0316 / 877 51 04
Fax: 0316 / 877 51 08

www.kpoe-steiermark.at



Mieter-Beratung
unter den Telefonnummern:

GRAZ: 0316 / 71 71 08

LEOBEN: 038 42 / 22 670

MURTAL: 03573 / 21 66 oder 03512 / 82240

BRUCK-Mürzzuschlag: 038 62 / 22 417 oder
0650 / 2710 550

Beratung und Hilfe in
allen Wohnungsangelegenheiten



HILFE

Wohnen ist

zu teuer!

Wohnen ist zu teuer

2013 sind die Mieten durchschnittlich um 3,6 % gestiegen. Im 1. Halbjahr 2014 waren es 4 %. Die Teuerung bei den Betriebskosten sorgt ebenfalls für einen Anstieg der Wohnkosten. Immer mehr Menschen haben Probleme, ihre Wohnung zu finanzieren. Viele Steirerinnen und Steirer müssen mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Miete und Betriebskosten aufwenden.

Ein Drittel des Einkommens ist genug!

Die steirische KPÖ setzt sich dafür ein, dass Familien nicht mehr als ein Drittel ihres Einkommens für Wohnkosten ausgeben müssen. Damit dieses Ziel zu erreichen, ist es zweckmäßig, eine Reihe von Maßnahmen umzusetzen:

Auf Bundes- und Landesebene

- Einführung von Mietzinsobergrenzen
- Schluss mit der Zweckentfremdung der Wohnbaufördergelder
- Anhebung der Einkommensgrenze für den Bezug der Wohnbeihilfe
- Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Mieten

Bei den Gemeinden

- Schaffung eines Kautionsfonds, der den Einstieg in selbstständiges Wohnen erleichtert
- Einführung eines Wohnkostenzuschusses für Gemeindewohnungen, der gewährleistet, dass nicht mehr als ein Drittel des Netto-Haushaltseinkommens für Wohnen ausgegeben werden muss. Das Grazer Modell zeigt, wie das möglich ist.

Wohnbeihilfe erhöhen!

Die Wohnbeihilfe wurde 2011 massiv gekürzt. Zuletzt bezogen noch nur 26.000 Haushalte diese Unterstützung, weil seit Jahren keine Anpassung der Einkommensgrenzen erfolgte. Dadurch fielen Tausende aus der Wohnbeihilfe.

Für 2015 kündigte Soziallandesrat Schrittwieser eine Erhöhung der Wohnbeihilfe an. Diese Ankündigung ist leider eine Mogelpackung. Es werden lediglich die Einkommensgrenzen verschoben, ohne die Beihilfe wirklich zu erhöhen. Der ausbezahlte Betrag bleibt deutlich unter dem Niveau der Wohnbeihilfe vor den Kürzungen der Voves-Regierung. Nicht einmal ein Ehepaar, das Mindestpension bezieht, hat Anspruch auf Wohnbeihilfe. So kann es nicht bleiben. Die Wohnbeihilfe muss allen zur Verfügung stehen, die sie wirklich brauchen.



**KPÖ-Landtagsabgeordnete
Claudia Klimt-Weithaler**

„Die Gehälter und Pensionen halten mit der extremen Teuerung nicht Schritt. Wenn die Politik nichts unternimmt, werden bald viele Menschen auf der Straße stehen.“

Obergrenze für Mieten

Je nach Ausstattung der Wohnung muss eine fixe Mietzinsobergrenze gelten.

Wir brauchen mehr Sozialen Wohnbau

Das wirksamste Mittel gegen Wohnungsknappheit ist ein ausreichendes Angebot an leistbaren Wohnungen durch öffentlichen Wohnbau. Wenn die Abhängigkeit von Banken und Immobilienkonzernen sinkt, sinken auch die Mieten. Daher brauchen wir mehr sozialen Wohnbau, mehr Gemeindewohnungen.



**Elke Kahr (KPÖ)
seit 2005
Wohnungsstadträtin in Graz**

Seit 1998 ist in Graz die KPÖ für die Gemeindewohnungen zuständig. Unter Verantwortung der KPÖ Wohnungsstadträre Ernest Kaltenecker und Elke Kahr wurden tausende Wohnungen saniert und auf modernen Stand gebracht. Es gibt wieder sozialen Wohnbau. Der Bedarf kann aber nicht gedeckt werden, weil das Land die Wohnbaugelder, die jedem in Höhe von einem Prozent vom Lohn abgezogen werden, zum Stopfen von Budgetlöchern verwendet. Die Wohnbaumittel müssen endlich wieder für den Zweck verwendet werden, für den sie gedacht sind, nämlich für sozialen Wohnbau.

Keine Privatisierung von Wohnungen

In den vergangenen Jahren haben viele steirische Gemeinden die Gemeindewohnungen verkauft. ÖVP und FPÖ haben mehr als 60.000 Bundeswohnungen verkauft und so die Mieter privaten Mietspekulanten ausgeliefert. Auch Landeswohnungen werden privatisiert. Das ist der falsche Weg. Wir brauchen mehr Wohnungen in öffentlichem Eigentum.

Kostenexplosion

Extreme und sprunghafte Mieterhöhungen hat uns das von der FPÖ eingeführte Fördermodell beschert. So kann es vorkommen, dass sich scheinbar günstige Mieten plötzlich um mehrere hundert Euro pro Monat verteuern.



**KPÖ-Landtagsabgeordneter
Dr. Werner Murgg**

„Mieten und Betriebskosten sind stark angestiegen. Statt Feigenblattaktionen braucht es eine echte Erhöhung der Wohnbeihilfe, sonst drohen viele ihre Wohnung zu verlieren.“

Alle Initiativen zum leistbaren Wohnen, die die KPÖ im Landtag eingebracht hat, wurden von SPÖ und ÖVP blockiert. Die Erhöhung der Wohnbeihilfe lehnt auch die FPÖ ab.

Was die KPÖ will:

Vom Land:

- Zweckwidmung der Wohnbauförderung und eine Erhöhung und Ausweitung der Wohnbeihilfe.
- Einführung eines Kautionsfonds.
- Günstige Landesdarlehen statt Finanzierungsmodelle, die letztendlich Banken subventionieren.

Von der Gemeinde:

- Einführung eines Wohnkostenzuschusses für Gemeindewohnungen, damit kein Haushalt mehr als ein Drittel des Einkommens für Wohnkosten ausgeben muss.